

Höltmann, Gesine; Hutter, Swen; Rößler-Prokhorenko, Charlotte

**Working Paper**

## Solidarität und Protest in der Zeitenwende: Reaktionen der Zivilgesellschaft auf den Ukraine-Krieg

WZB Discussion Paper, No. ZZ 2022-601

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Höltmann, Gesine; Hutter, Swen; Rößler-Prokhorenko, Charlotte (2022) : Solidarität und Protest in der Zeitenwende: Reaktionen der Zivilgesellschaft auf den Ukraine-Krieg, WZB Discussion Paper, No. ZZ 2022-601, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Berlin

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/265547>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# WZB

Wissenschaftszentrum Berlin  
für Sozialforschung



Gesine Höltmann  
Swen Hutter  
Charlotte Rößler-Prokhorenko

## **Solidarität und Protest in der Zeitenwende**

Reaktionen der Zivilgesellschaft  
auf den Ukraine-Krieg

### **Discussion Paper**

ZZ 2022–601

Oktober 2022

Forschungsschwerpunkt

**Wandel politischer Systeme**

Forschungsabteilung

**Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung**

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Reichpietschufer 50  
10785 Berlin  
www.wzb.eu

Das Urheberrecht liegt bei den Autor\*innen.

Discussion Papers des WZB dienen der Verbreitung von Forschungsergebnissen aus laufenden Arbeiten im Vorfeld einer späteren Publikation. Sie sollen den Ideenaustausch und die akademische Debatte befördern. Die Zugänglichmachung von Forschungsergebnissen in einem WZB Discussion Paper ist nicht gleichzusetzen mit deren endgültiger Veröffentlichung und steht der Publikation an anderem Ort und in anderer Form ausdrücklich nicht entgegen. Discussion Papers, die vom WZB herausgegeben werden, geben die Ansichten der jeweiligen Autor\*innen wieder und nicht die der gesamten Institution WZB.

Gesine Höltmann, Swen Hutter, Charlotte Röbler-Prokhorenko

**Solidarität und Protest in der Zeitenwende  
Reaktionen der Zivilgesellschaft auf den Ukraine-Krieg**

Discussion Paper ZZ 2022–601

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2022)

Affiliation der Autor\*innen

**Gesine Höltmann**

Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung & Freie Universität Berlin

**Swen Hutter**

Direktor, Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung & Lichtenberg Professor für politische Soziologie an der Freien Universität Berlin

**Charlotte Röbler-Prokhorenko**

Studentische Mitarbeiterin, Freie Universität Berlin

## **Solidarität und Protest in der Zeitenwende:**

### **Reaktionen der Zivilgesellschaft auf den Ukraine-Krieg**

Gesine Höltmann, Swen Hutter, Charlotte Rößler-Prokhorenko

#### **Zusammenfassung**

*Im folgenden Bericht geben wir eine empirische Übersicht über Ausmaß, Formen und Motive des sozialen und politischen Engagements in Deutschland im Kontext des Ukraine-Krieges. Zum einen zog es zahlreiche Menschen auf die Straßen, um Solidarität mit der Ukraine zu bekunden; zum anderen engagierten sich viele Bürger\*innen für die Menschen, die nach Deutschland fliehen mussten. Unsere Ergebnisse, basierend auf einer quotenbasierten Umfrage, zeigen ein mit dem „Sommer der Solidarität“ 2015 vergleichbar hohes Mobilisierungsniveau und die zentrale Bedeutung informeller Mobilisierungskanäle und Hilfsaktionen. Die Teilnahme an den Friedensdemonstrationen und soziales Engagement für die Ukraine gingen für viele Menschen Hand in Hand. Betrachtet man die zentralen Konfliktgegenstände der gegenwärtigen Krise – Russland, Migration, Lebenshaltungskosten – zeigt sich allerdings, dass das soziale Engagement etwas stärker entlang dieser Konflikte strukturiert ist als die Friedensdemonstrationen, die ganz unterschiedliche Einstellungsmuster vereinten. Letzteres verdeutlicht das Dilemma einer Friedensbewegung in Kriegszeiten.*

*Stichworte: Ukraine-Krieg, Zivilgesellschaft, Engagement, Friedensdemonstrationen*

#### **Summary**

*In this empirical report, we provide an overview of the extent, forms, and motivations of social and political engagement in Germany in the context of the Ukraine war. Our findings, based on a quota-based sample, reveal a level of mobilization comparable to the “summer of migration” 2015 and highlight the central importance of informal mobilization channels and spontaneous support actions. For many respondents, participation in peace demonstrations and social engagement for Ukraine went hand in hand. However, examining the central conflict issues – Russia, migration, living costs – we find that social engagement is somewhat more strongly structured by these fault lines than the peace demonstrations, which brought together different if not diverging attitudes. The latter finding illustrates the dilemma of a peace movement in times of war.*

*Keywords: Ukraine-war, civil society, civic engagement, peace protests*

## **Zentrale Befunde**

**Befund 1:** Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland engagiert sich für die Ukraine. Wie in vorigen Krisen sind informelle Mobilisierungskanäle und spontane Hilfsaktionen zentral.

**Befund 2:** Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung wird heute deutlich besser bewertet als 2015. Die Rollenverteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft sehen die Befragten jedoch ähnlich kritisch wie damals: rund ein Drittel der Befragten sind der Meinung, der Staat habe die Zivilgesellschaft auch in der gegenwärtigen Krise „im Stich gelassen“.

**Befund 3:** Es herrscht eine positive Stimmung gegenüber ukrainischen Geflüchteten. Die Ansicht, dass ukrainische Geflüchtete besser behandelt würden als andere Menschen auf der Flucht wird von Migrations-befürworter\*innen und -gegner\*innen, Engagierten und Nicht-Engagierten gleichermaßen geteilt.

**Befund 4:** Protest und soziales Engagement für die Ukraine gingen für viele Menschen Hand in Hand: 87% der Friedensbewegten haben sich in Bezug auf die Ukraine auch sozial engagiert.

**Befund 5:** Zivile Forderungen finden im Durchschnitt deutlich mehr Unterstützung als militärische Forderungen. Während neutrale Forderungen am stärksten mobilisieren, haben sowohl pazifistische als auch offensiv militärische Forderungen eine demobilisierende Wirkung.

**Befund 6:** Betrachtet man die Links-rechts-Selbstverortung und potentielle Konfliktgegenstände der gegenwärtigen Krise – Russland, Migration, Lebenshaltungskosten – zeigt sich, dass das soziale Engagement für die Ukraine etwas stärker entlang dieser Dimensionen strukturiert ist als die Beteiligung an den Friedensdemonstrationen.

## 1. Einleitung

Der Ausbruch des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 hat die Menschen in Europa bewegt. Zum einen zog es zahlreiche Menschen auf die Straßen, um Solidarität mit der Ukraine zu bekunden, zum anderen engagierten sich viele Bürger\*innen für die Menschen, die nach Deutschland fliehen mussten. Über die Nachbarstaaten im Osten kamen an den Bahnhöfen der Bundesrepublik zeitweise täglich tausende Geflüchtete an. Nicht nur vom Berliner Hauptbahnhof, auch in kleineren Orten in Deutschland berichteten Medien von einer überwältigenden Hilfsbereitschaft (Braun, 2022; Lucius, 2022; Schley, 2022; von Bullion & von Hardenberg, 2022). Über Social-Media-Kanäle, Telegram Gruppen und formelle Hilfsorganisationen stellte die Zivilgesellschaft eine Erstversorgung für die Ankommenden auf die Beine. Die Anteilnahme drückte sich auch in einer enormen Spendenbereitschaft aus: Selten spendeten die Deutschen so viel Geld wie in den ersten Wochen nach Kriegsausbruch (Zeit Online, 2022a).

Parallel dazu zeigte sich eine Protestmobilisierung wie sie seit dem Irakkrieg 2003 selten stattgefunden hat: Am ersten Wochenende nach Kriegsbeginn gingen in Europa und weltweit hunderttausende Menschen auf die Straße, um den Rückzug Russlands und ein Ende des Krieges zu fordern und ihre Solidarität mit der Ukraine auszudrücken. In Berlin kamen am Sonntag den 27. Februar laut Angaben der Veranstalter\*innen knapp eine halbe Millionen Menschen zusammen (rbb24, 2022a), einen Tag später, am Rosenmontag in Köln etwa 250.000 (Schnabel, 2022), und auch in den folgenden Wochen nahmen noch mehrere Tausend Menschen an Demonstrationen teil (Zeit Online, 2022b).

In diesem Bericht möchten wir eine Übersicht über das soziale und politische Engagement der deutschen Zivilgesellschaft für die Ukraine geben. Darüber hinaus wollen wir das gegenwärtige Engagement aber auch mit Blick auf drei potentielle Konflikte betrachten, die im Kontext des Ukraine-Krieges relevant sind bzw. sich noch verschärfen können: Russland, Migration und steigende Lebenshaltungskosten.

Der Bericht behandelt die Ergebnisse einer quotenbasierten Umfrage über ein Online-Access-Panel. Die hier dargestellten Daten stammen aus zwei Erhebungswellen: In der ersten Welle vom 11.-24. Mai 2022 wurden 3.054 Teilnehmer\*innen befragt, in der zweiten Welle wurden zwischen dem 21. Juli und 3. August 2022 ca. 75% der Teilnehmer\*innen erneut befragt (N=2.257). Die genauen Fragestellungen finden sich im Anhang. Die Stich-

probe wurde mittels bevölkerungsrepräsentativer Quoten erhoben; zusätzlich wurde die zweite Welle mittels eines Quoten-Gewichts sowie eines Non-Response-Gewichts korrigiert. Zum Zeitpunkt der ersten Befragung befand sich der Ukraine-Krieg im dritten Monat. Damals waren die Massaker um Butscha bereits bekannt und in Deutschland wurde die Frühwarnstufe des Notfallplans Gas ausgerufen. Die Gaslieferungen über Nord Stream 1 waren jedoch noch nicht reduziert wie zum Zeitpunkt der zweiten Befragungswelle Ende Juli/Anfang August.

## **2. Engagement für die Ukraine: Die Hälfte der Bevölkerung bringt sich ein**

Nach Angaben des UN Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) sind mittlerweile über 6 Millionen Menschen aus der Ukraine in Europa registriert worden (UNO Flüchtlingshilfe, 2022), über 900.000 davon in Deutschland (Mediendienst Integration, 2022). In den ersten Wochen nach Ausbruch des Krieges war die Zahl besonders hoch: In Berlin etwa kamen zwischenzeitlich über 10.000 Menschen pro Tag an (rbb24, 2022b). In kürzester Zeit mussten Versorgung und eine erste Unterkunft auf die Beine gestellt werden. Die schnelle Mobilisierung der deutschen Zivilgesellschaft in Reaktion auf den Ukraine-Krieg erinnert in vielerlei Hinsicht an den sogenannten „Sommer der Solidarität“ 2015, als über 800.000 Geflüchtete aus Syrien und weiteren Ländern des Nahen Ostens und Afrikas in Deutschland ankamen.

*Befund 1: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland engagiert sich für die Ukraine. Wie in vorigen Krisen sind informelle Mobilisierungskanäle und spontane Hilfsaktionen zentral.*

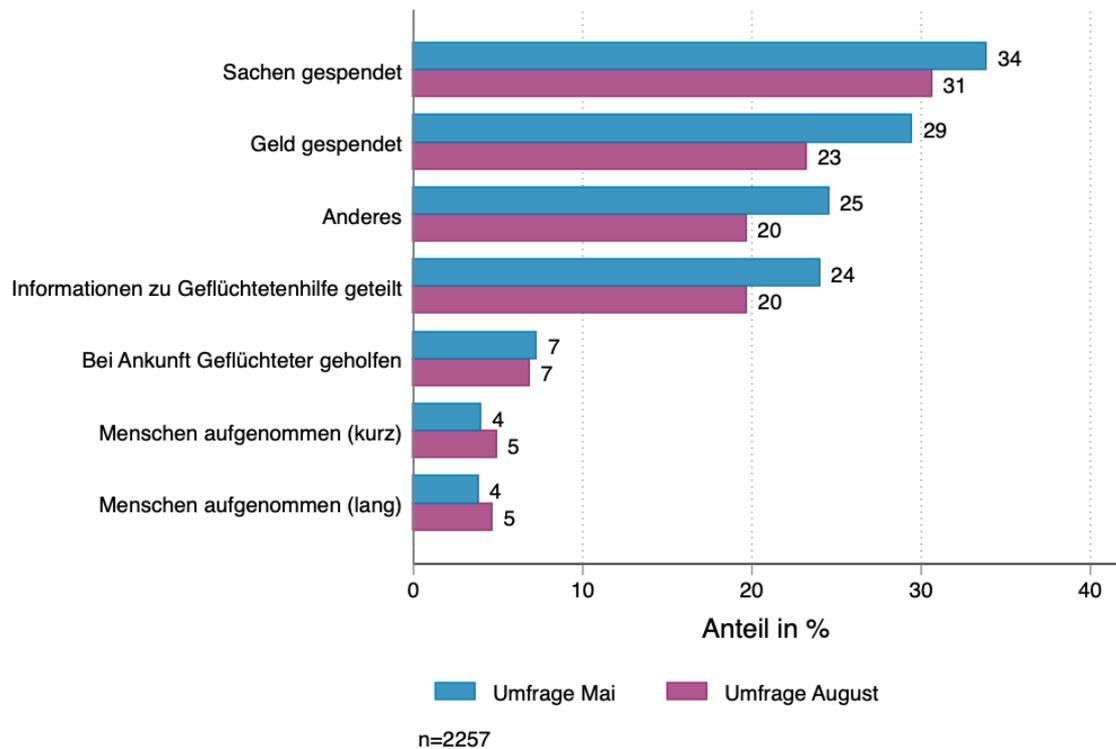
Insgesamt gibt rund die Hälfte der von uns Befragten (53%) an, dass sie sich auf die ein oder andere Weise im Kontext des Ukraine-Krieges sozial engagiert haben.<sup>1</sup> Abbildung 1 gibt einen Überblick über verschiedene Formen des Engagements. An erster und zweiter Stelle liegen Spenden: Fast jede\*r Dritte hat Sachen und/oder Geld für die Ukraine bzw. Geflüchtete gespendet. Ein Viertel der Befragten hat Informationen für Geflüchtete geteilt, beispielsweise online oder im Bekanntenkreis. Wie zu erwarten wurden Engagementformen, die mehr Aufwand und Ressourcen benötigen, deutlich seltener genannt. Trotzdem haben immerhin vier Prozent der Befragten selbst Geflüchtete zu Hause aufgenommen, und sieben Prozent geben an, dass sie sich bei der Ankunft Geflüchteter zum Beispiel an Bahnhöfen mit

---

<sup>1</sup> In unserer Befragung vom August geben immer noch 47% der Befragten an, dass sie sich im vergangenen Monat im Kontext der Ukraine-Krise sozial engagiert haben.

Wegweisung, Übersetzung, oder Versorgung eingebracht haben. Während die Spendenbereitschaft und das Teilen von Informationen zwischen Mai und August leicht abgenommen haben, bleibt gerade das anspruchsvollere Engagement erstaunlich stabil.

**Abbildung 1: Soziales Engagement mit Bezug zum Ukraine-Krieg**



Anmerkung: Grafik bildet Anteil der Befragten ab, die sich einfach oder mehrfach im Kontext der Ukraine-Krise engagiert haben. Die Datengrundlage beruht auf beiden Erhebungswellen (Mai und August).

Das in Abbildung 1 gezeigte Niveau ist vergleichbar mit dem Engagement, das sich im Rahmen der Fluchtmigration 2015 in Deutschland beobachten ließ: Damals engagierte sich laut Auswertungen des DIW (in einer Zusatzerhebung zum sozio-ökonomischen Panel) ein Drittel der Bevölkerung durch Spenden während rund 10% vor Ort halfen (Jacobsen et al., 2017). Eine aktuelle Studie des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) zeigt, dass die *Unterstützungsbereitschaft* noch deutlich über dem von uns erfassten tatsächlichen Engagement liegt (Dollmann et al., 2022). Interessanterweise spiegelt sich jedoch die Abnahme der Bereitschaft in den letzten Monaten (DeZIM) nicht in den von uns erhobenen Daten zum konkreten Engagement. Trotzdem zeigen die Zahlen des DeZIM, dass es ein ungenutztes zivilgesellschaftliches Mobilisierungspotenzial gibt.

Gefragt nach dem Kontext ihres Engagements zeigt sich, dass rund zwei Drittel (58%) der Engagierten an einer Spendenaktion teilgenommen haben. Mehr als ein Drittel der Engagierten (37%) hat sich im Rahmen einer spontanen Aktion eingebracht, 14% über ein klassisches Ehrenamt, 11% in anderen Kontexten und rund 6% geben an, selbst etwas organisiert zu haben. Insgesamt wurden rund 21% der Aktionen über soziale Medien organisiert.<sup>2</sup> Dies bestätigt die Regel, dass in Krisenmomenten spontanes Engagement oft über informellere und spontanere Hilfsstrukturen mobilisiert wird (Carlsen et al., 2020; Quarantelli & Dynes, 1977; Simsa et al., 2019).

Vergleicht man diejenigen, die sich für die Ukraine engagiert haben mit denen, die sich nicht engagiert haben, zeigt sich, dass das soziale Engagement für die Ukraine entlang sozio-demografischer Faktoren variiert (Analysen basierend auf logistischen Regressionsanalysen). Betrachtet man alle Engagementformen zusammen, waren es eher Frauen, Menschen mit höherem Einkommen und höherer Bildung sowie Menschen in Westdeutschland, die sich für die Ukraine engagiert haben. Dies spiegelt übliche Befunde der Engagementforschung wider, dass sich unter Engagierten eher Besserverdienende mit hoher formaler Bildung finden sowie Menschen, die mehr Zeit zur Verfügung haben (Brady et al., 1995; Jacobsen et al., 2022; Simonson et al., 2022). Im Gegensatz zu den Nicht-Engagierten ordnen sich die Engagierten außerdem eher dem linken politischen Spektrum zu und haben eine positivere Haltung gegenüber Einwanderung und Umverteilung. AfD-Wähler\*innen und Nicht-repräsentierte<sup>3</sup> engagieren sich deutlich weniger als Wähler\*innen der anderen im Bundestag vertretenen Parteien.

Ein anderes Muster ergibt sich jedoch mit Blick auf die besonders ‚aufwändigen‘ Engagementformen<sup>4</sup>: Hier sind es insbesondere jüngere Menschen, zwischen 18 und 29 Jahren, und auch eher Männer als Frauen, die angeben, Geflüchtete am Bahnhof zu empfangen oder bei sich zu Hause aufzunehmen. Unterschiede nach Einkommen, Bildung oder zwischen alten und neuen Bundesländern zeigen sich hier interessanterweise nicht. Auch lässt sich hier kein klarer politischer Einschlag feststellen.

---

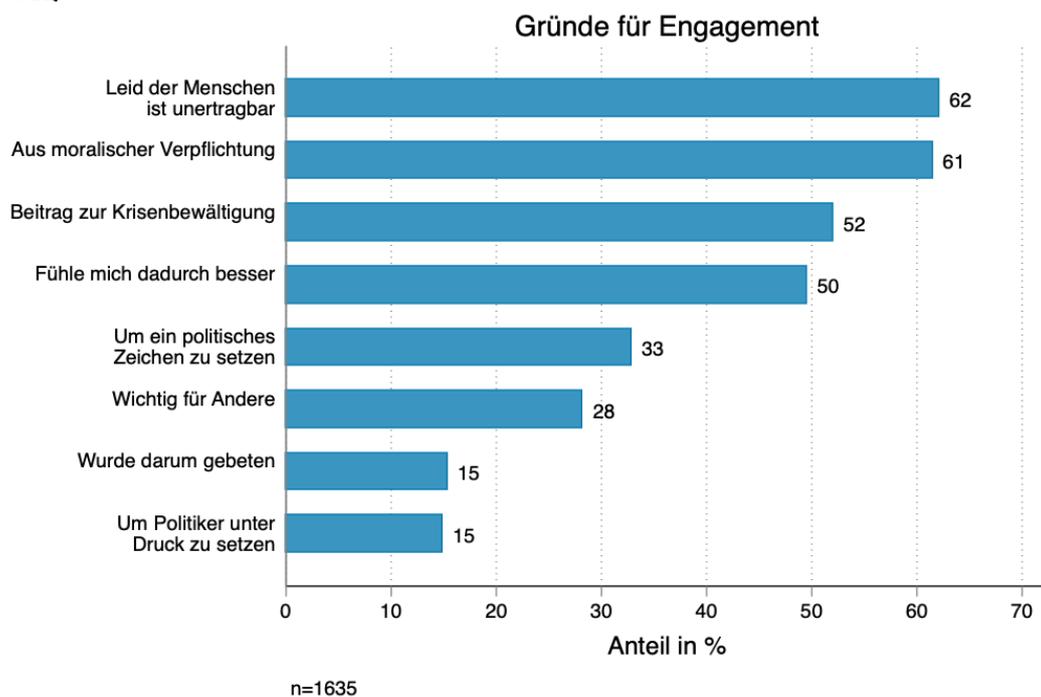
<sup>2</sup> Die genannten Zahlen stammen aus der Befragung vom Mai 2022, bleiben jedoch auch im August 2022 stabil.

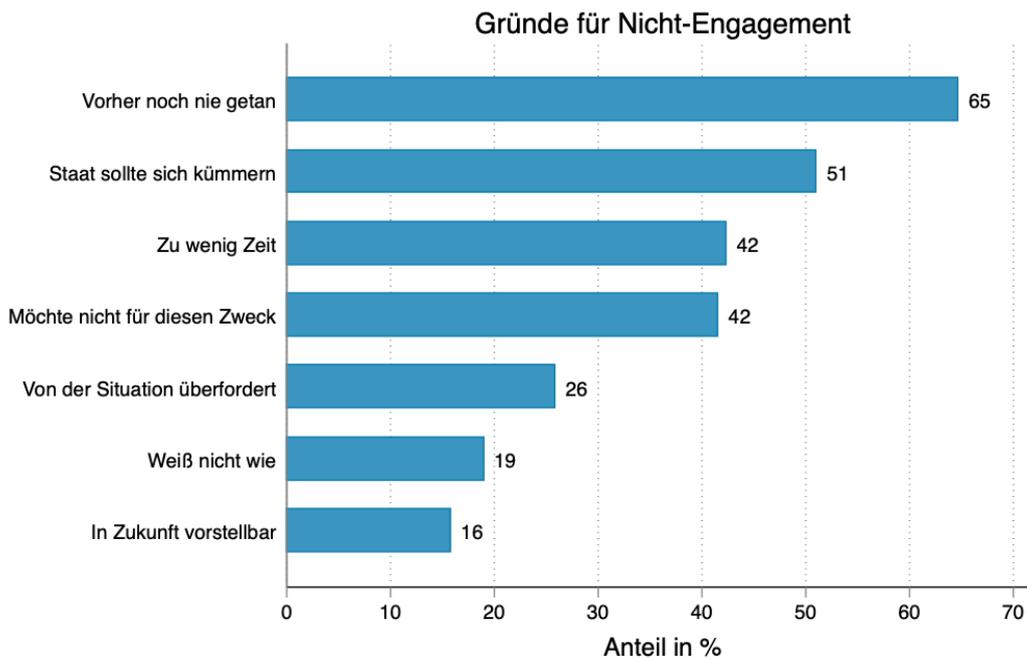
<sup>3</sup> Zur Gruppe der Nicht-repräsentierten zählen wir Wähler\*innen von Kleinstparteien, Nicht-Wähler\*innen sowie Befragte die die Antwortmöglichkeiten „keine Angabe“ oder „weiß nicht“ auswählen.

<sup>4</sup> Hierzu zählen wir: Hilfe bei der Ankunft Geflüchteter, Aufnahme Geflüchteter zu Hause für einen kürzeren oder längeren Zeitraum. Rund 8% der von uns Befragten geben an, sich in diesen Formen engagiert zu haben.

In Anlehnung an Fragen aus dem deutschen Freiwilligensurvey haben wir auch nach Motiven für das Engagement gefragt. Unter den Engagierten gaben die meisten altruistische Motive an (siehe Abbildung 2). So nannten über 60% der Befragten sowohl das Leid der Betroffenen als auch ein moralisches Verpflichtungsgefühl als Beweggründe. Auch sehen mehr als die Hälfte in ihrem Engagement einen aktiven Beitrag zur Krisenbewältigung und rund ein Drittel sieht darin eine Möglichkeit, ein politisches Zeichen zu setzen. Neben der Zentralität von Humanität und Hilfsbereitschaft ist Geflüchtetenhilfe für viele der Helfer\*innen also auch politisch. Unter den Gründen für Nicht-Engagement findet sich an erster Stelle, dass man sich zuvor noch nie sozial engagiert habe (65%). Aber auch die fehlende Ressource Zeit (42%) oder die eigene Distanz zum Zweck (42%) spielen eine zentrale Rolle. An zweiter Stelle steht jedoch die Überzeugung, dass Geflüchtetenhilfe in erster Linie Aufgabe des Staates sei (51%).

**Abbildung 2: Gründe für Engagement (oben) und Nicht-Engagement (unten)**





n=1419

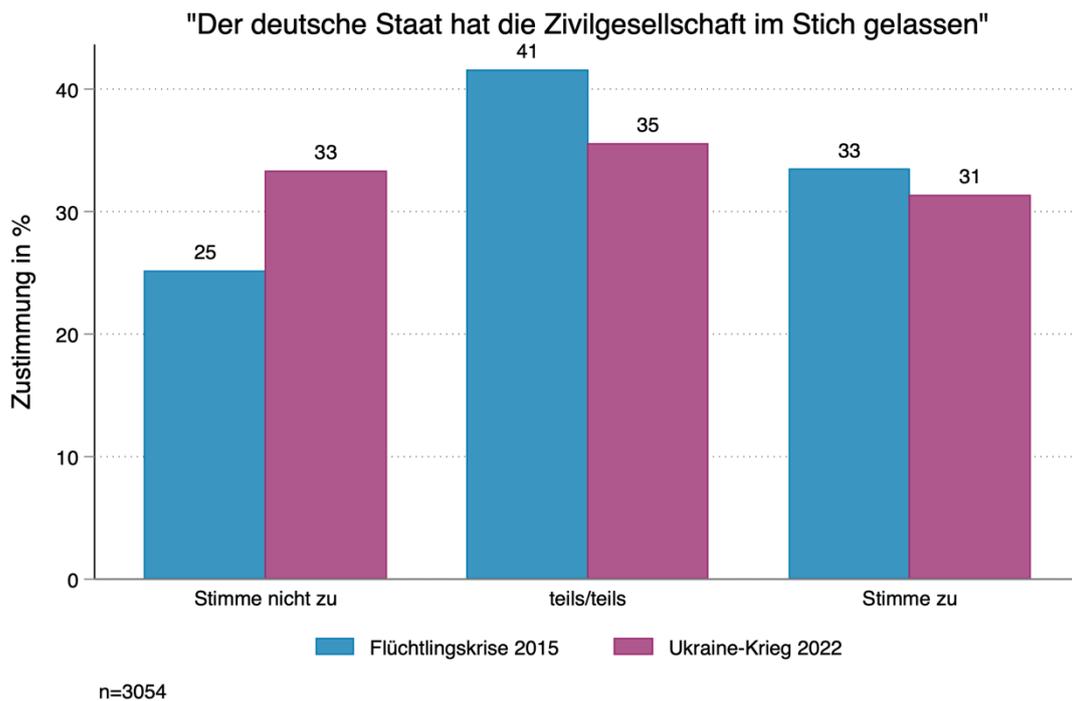
Anmerkung: Prozentangaben stellen Anteil der Engagierten (oben; N=1.635) vs. Nicht-Engagierten (unten; N=1.419) dar. Die abgebildeten Daten stammen aus der Befragung vom Mai 2022. Die Frage wurde in der zweiten Erhebung nicht erneut gestellt. Die kompletten Formulierungen finden sich im Anhang.

*Befund 2: Die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung wird heute deutlich besser bewertet als 2015. Die Rollenverteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft sehen die Befragten jedoch ähnlich kritisch wie damals: rund ein Drittel der Befragten sind der Meinung, der Staat habe die Zivilgesellschaft auch in der gegenwärtigen Krise „im Stich gelassen“.*

Die Frage nach der Aufgabenverteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft ist eine wiederkehrende Debatte, die auch schon im sogenannten „Sommer der Solidarität“ 2015 eine zentrale Rolle gespielt hat. Wie damals stellte sich auch in den ersten Wochen der Ukraine-Krise die Frage, was die Zivilgesellschaft eigentlich leisten kann – und was der Staat leisten sollte (Brautzsch, 2022; Liebert, 2022; Tinç & Haschnik, 2022). Aus diesem Grund haben wir die Befragten gebeten anzugeben, inwiefern sie der Aussage „Der deutsche Staat hat die Zivilgesellschaft im Stich gelassen“ zustimmen würden: Einmal im Kontext der Ukraine-Krise und einmal im Kontext der Fluchtmigration im Jahr 2015. Abbildung 3 zeigt, dass die Meinungen zum Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat in der aktuellen Krise auseinandergehen: Rund ein Drittel ist der Meinung, der deutsche Staat habe die Zivilgesellschaft im Stich gelassen, ein Drittel ist unentschieden, und ein Drittel lehnt diese Aussage ab. Vergleicht man nun die Meinung der Befragten zum Sommer 2015, ergibt sich ein ähnlich kritisches Stimmungsbild – tendenziell jedoch sehen die Befragten die Zivilgesellschaft 2015 in der

Rückschau stärker auf sich alleine gestellt als in der heutigen Krise. Fragt man jedoch danach, ob die Bundesregierung derzeit insgesamt genug für Geflüchtete tue, zeigt sich ein deutlich positiveres Bild. So sind 51% der Befragten der Meinung, der Staat tue in der gegenwärtigen Krise genug für Geflüchtete; im Rückblick auf 2015 sagen dies hingegen nur 37% der Befragten.

**Abbildung 3: Wahrnehmung der Rollenverteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft**



Anmerkung: Die abgebildeten Daten stammen aus der Befragung vom Mai 2022. Die Frage wurde in der zweiten Erhebung nicht erneut gestellt.

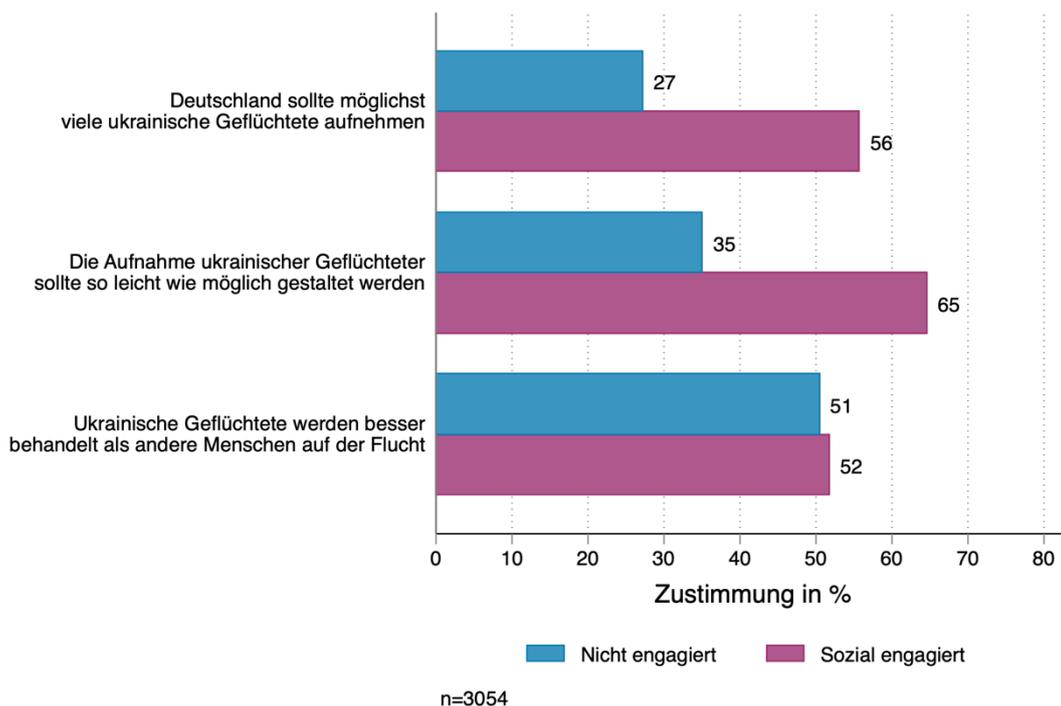
*Befund 3: Es herrscht eine positive Stimmung gegenüber ukrainischen Geflüchteten. Die Ansicht, dass ukrainische Geflüchtete besser behandelt würden als andere Menschen auf der Flucht wird von Migrations-befürworter\*innen und -gegner\*innen, Engagierten und Nicht-Engagierten gleichermaßen geteilt.*

Den Menschen, die derzeit aus der Ukraine flüchten, schlägt viel Sympathie entgegen: Im Mai fanden 43% der von uns Befragten, Deutschland solle „so viele Geflüchtete wie möglich“ aufnehmen, nur 24% sprachen sich gegen diese starke Formulierung aus. Jede\*r zweite (51%) meinte, dass die Aufnahme für die Ankommenden so einfach wie möglich (also unbürokratisch)

gestaltet werden solle.<sup>5</sup> Im August sind diese Werte leicht zurückgegangen (-4 Prozentpunkte bzw. -8 Prozentpunkte); trotzdem bleibt die Aufnahmebereitschaft nach sechs Monaten merklich größer als im Migrationsommer 2015 (Tagesspiegel, 2015).

Gleichzeitig zeigt sich, dass die Befragten einen differenzierten Blick auf die Aufnahme Geflüchteter haben: Rund 50% stimmen der Aussage zu, Geflüchtete aus der Ukraine würden besser behandelt als Ankommende mit anderem Fluchthintergrund. Diese Einstellung teilen sowohl Skeptiker\*innen als auch Befürworter\*innen der Aufnahme von Geflüchteten.<sup>6</sup> Betrachtet man diese Einstellungen getrennt zwischen denjenigen, die sich engagieren und denen, die es nicht tun, zeigt sich klar, dass die Sympathien unter den Engagierten merklich größer sind (Abbildung 4). Dass es in der Aufnahme der ukrainischen Geflüchteten jedoch maßgebliche Unterschiede zu anderen Geflüchteten gibt, darin sind sich beide Gruppen einig.

**Abbildung 4: Einstellung zur Aufnahme Geflüchteter nach sozialem Engagement**



Anmerkung: Die abgebildeten Daten stammen aus der Befragung vom Mai 2022. Die Erhebung vom August 2022 zeigt keine wesentlichen Abweichungen.

<sup>5</sup> Zustimmung zum Statement „Deutschland sollte so viele Geflüchtete aufnehmen wie möglich“: Mai (43%); August (39%); Ablehnung: Mai (24%); August (29%); Zustimmung zum Statement „Die Aufnahme von Geflüchteten sollte so einfach wie möglich gestaltet werden“ Mai (51%); August (43%); Ablehnung: Mai (21%); August (28%).

<sup>6</sup> Auch zeigt sich hier keine zeitliche Veränderung zwischen Mai und August.

### **Zwischenfazit**

*Zunächst lässt sich festhalten, dass sich ein großer Teil der deutschen Bevölkerung eingebracht hat: Sei es durch Sach- und Geldspenden oder in Form von konkreter Hilfe bei An- und Unterkunft. Diese Zahlen ähneln dem Engagement-niveau im Rahmen der Fluchtmigration 2015 (Jacobsen et al., 2017). Es zeigt sich, dass mehr Engagement in spontanen Hilfsaktionen als über das klassische Ehrenamt organisiert wurde. Gleichzeitig sieht die Mehrheit der Nicht-Engagierten den Staat in der Pflicht: Auch wenn die Rolle des Staates diesmal besser bewertet wird als 2015, ist immer noch rund ein Drittel der Befragten der Meinung, dass der Staat die Zivilgesellschaft in der derzeitigen Krise besser unterstützen könnte. Trotz einer sehr offenen Grundhaltung gegenüber den Geflüchteten wird die Sicht einer bevorzugten Behandlung von ukrainischen Geflüchteten breit geteilt.*

### **3. Protest für die Ukraine: Das Dilemma einer neuen Friedensbewegung**

Neben dem sozialen Engagement für die Betroffenen des Ukraine-Krieges wurden die ersten Wochen nach Kriegsausbruch auch von Friedensdemonstrationen begleitet, wie sie in dieser Größenordnung in den letzten Jahren nur selten vorgekommen sind. Neben den Großdemonstrationen Ende Februar war auch der März von Protesten mit mehreren Tausend Teilnehmer\*innen in zahlreichen deutschen Städten geprägt. Auch wenn die Zahl der Proteste und Teilnehmer\*innen seit April stark zurückgegangen ist,<sup>7</sup> wollten wir wissen, wer an diesen übergreifenden Friedensdemonstrationen teilgenommen hat und inwiefern sich die heutigen Demonstrationen von denen der ursprünglichen Friedensbewegung der 1980er gegen die nukleare Aufrüstungs- und Abschreckungspolitik (beispielsweise in Teilnehmer\*innenschaft und Forderungen) unterscheiden. Denn auch wenn die übergreifende Forderung nach Frieden breit geteilt wird, haben sich doch sehr unterschiedliche Interessensgruppen gebildet, die die Friedensbewegung vor ein zentrales Dilemma gestellt haben. Die öffentlichen Debatten um Waffenlieferungen oder gar Flugverbotszonen haben sich teilweise auch in der Protestlandschaft widerspiegelt, und zeigen, dass es sich bei den Demonstrationen im Frühjahr nicht um eine bloße Neuauflage einer rein pazifistischen Friedensbewegung handelt.

*In unserer Befragung haben knapp 7% angegeben, dass sie seit Ausbruch des Krieges an einer der Friedensdemonstrationen teilgenommen haben, rund 2% waren mehrfach dabei. Im Durchschnitt nehmen rund 9% der deutschen Be-*

---

<sup>7</sup> Quelle: Eigene Recherche auf Basis regionaler und überregionaler (online-) Berichterstattung im Zeitraum Februar bis Mai 2022.

völkerung mindestens einmal im Jahr an einer Demonstration teil.<sup>8</sup> In einem so kurzen Zeitraum und zu einem bestimmten Thema sind 7% daher viel; im Vergleich: In einer Studie des Center für Monitoring, Analyse und Strategie (CeMAS) gaben rund 4% der Befragten an, seit Beginn der Pandemie an mindestens einer Corona-Demonstration teilgenommen zu haben (Lamberty et al., 2022).

In der soziodemographischen Zusammensetzung der Demonstrationsteilnehmer\*innen zeigt sich: Die Protestierenden waren eher jünger (18-29), männlich, gut gebildet und wohnten eher in der Stadt als auf dem Land (Analysen basierend auf logistischen Regressionsanalysen). Auch hier entspricht das soziodemographische Muster den gängigen Befunden der Protestforschung. Die Protestierenden ordnen sich zudem eher dem linken politischen Spektrum zu und sind Migration gegenüber eher positiv eingestellt. Parteipolitisch waren im Mai Wähler\*innen der Partei Die Linke und Bündnis 90/ Die Grünen signifikant stärker auf den Friedensdemonstrationen vertreten als Wähler\*innen anderer Parteien. Im Gegensatz dazu waren AfD-Wähler\*innen und Nicht-repräsentierte<sup>9</sup> signifikant unterrepräsentiert. Im August 2022 lässt sich die Unter- bzw. Überrepräsentation für Anhänger\*innen von AfD und Die Linke jedoch nicht mehr feststellen – ein erstes Indiz, dass sich die zunächst eher linke Prägung der Proteste über die Zeit verändert hat.

*Befund 4: Protest und soziales Engagement für die Ukraine gingen für viele Menschen Hand in Hand: 87% der Friedensbewegten haben sich in Bezug auf die Ukraine auch sozial engagiert.*

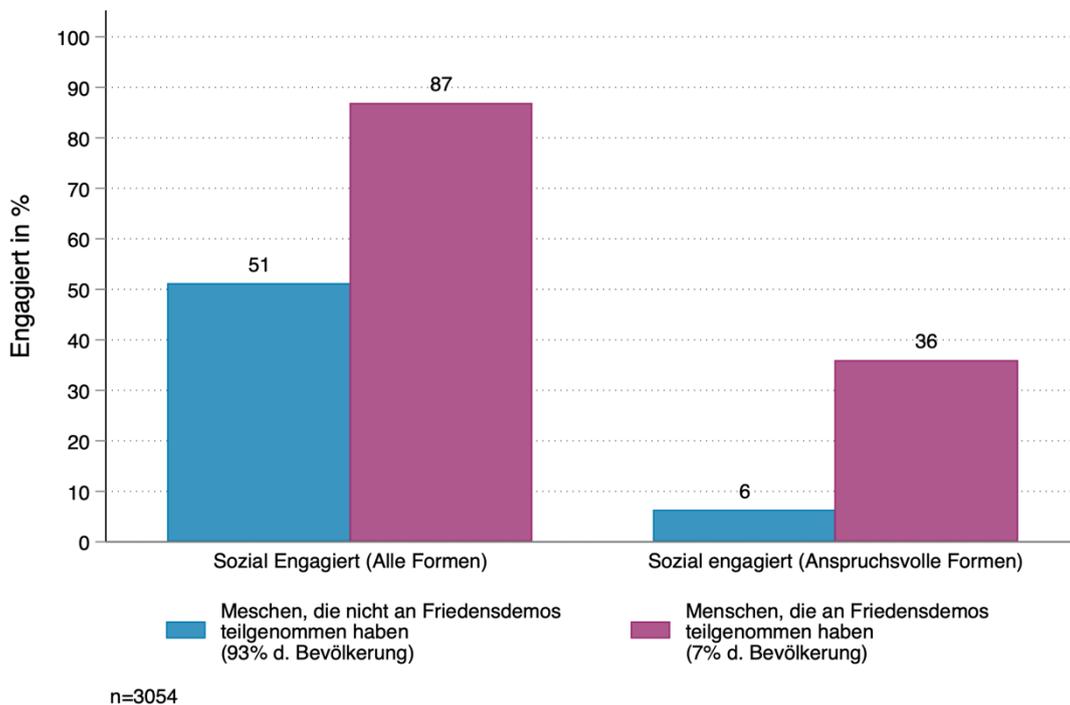
Bemerkenswerterweise findet sich unter den Friedensbewegten ein sehr hoher Anteil an engagierten Menschen: Rund 87% derjenigen, die an den Friedensdemonstrationen teilgenommen haben, geben an, sich auch sozial für die Ukraine engagiert zu haben (im Gegensatz zu immerhin noch 51% in der restlichen Bevölkerung) (Abbildung 5). Auch für die aufwändigeren Formen von Engagement bleibt dieser Unterschied bestehen: Über ein Drittel (36%) der Protestierenden (*magenta*) hat an spontanen Hilfsaktionen teilgenommen oder Geflüchtete beherbergt, im Gegensatz zu 6% im Rest der Bevölkerung (*türkis*). Protest und Engagement gingen also für viele Menschen Hand in Hand, um sowohl ein politisches Zeichen zu setzen als auch einen Beitrag zur Krisenbewältigung zu leisten.

---

<sup>8</sup> Quelle: European Social Survey; Durchschnitt basierend auf den ersten 7 Wellen für Deutschland.

<sup>9</sup> Die Kategorie „Nichtrepräsentierte“ umfasst alle Personen, die bei der Befragung angeben, dass sie (a) nicht wählen, (b) nicht wissen, wen sie wählen würden oder (c) eine Partei wählen würden, die nicht im Bundestag vertreten ist.

**Abbildung 5: Soziales Engagement differenziert nach Teilnahme an Friedensdemonstration**



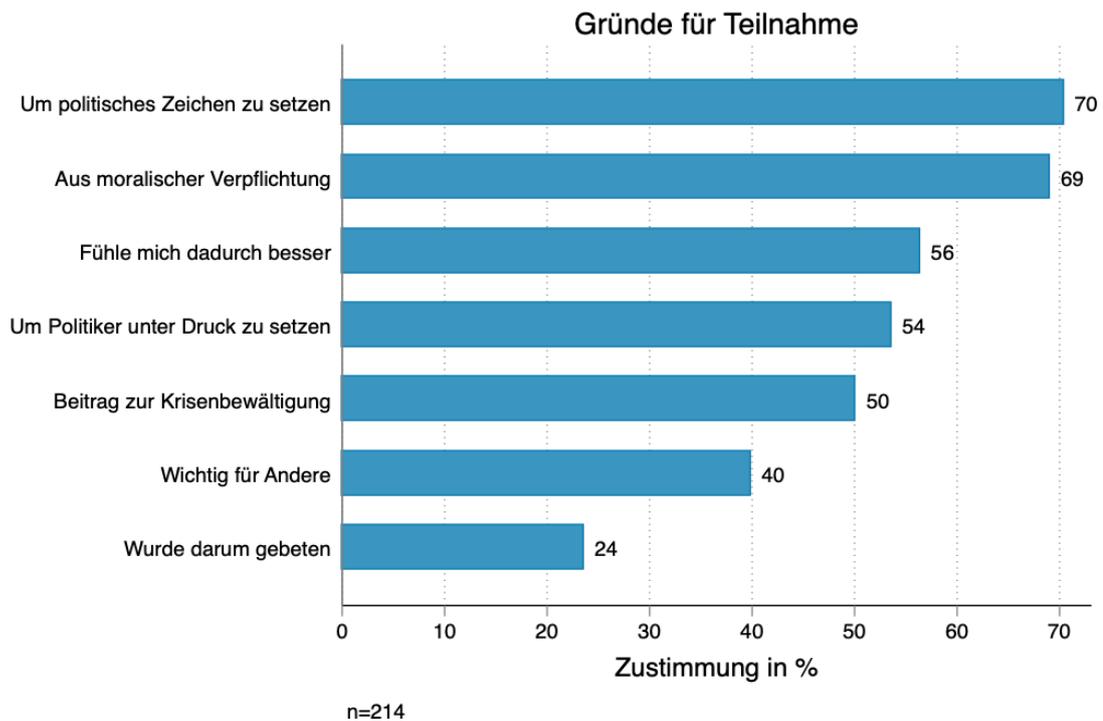
Anmerkung: Die abgebildeten Daten stammen aus der Befragung vom Mai 2022. Die Erhebung vom August 2022 zeigt keine wesentlichen Abweichungen. Die Grafik bildet den Anteil der sozial Engagierten unter denjenigen ab, die an den Friedensdemonstrationen teilgenommen haben (magenta) versus den Anteil der sozial Engagierten unter denjenigen, die *nicht* an den Friedensdemonstrationen teilgenommen haben (türkis). Wie zuvor festgestellt nahmen rund 7% der Gesamtbevölkerung an mindestens einer Friedensdemonstration teil.

Wie beim Engagement haben wir auch mit Blick auf die Friedensdemonstrationen nach Motiven für die (Nicht-)Teilnahme gefragt (Abbildung 6). Im Gegensatz zum sozialen Engagement stand bei der Teilnahme an Demonstrationen das politische Motiv an erster Stelle: 70% geben an, dass sie ein politisches Zeichen setzen wollten, aber auch eine moralische Verpflichtung empfunden haben (69%). Deutlich mehr Menschen geben auch an, dass sie von anderen um die Teilnahme gebeten wurden (24%) während dies nur bei 15% der sozial Engagierten der Fall war.

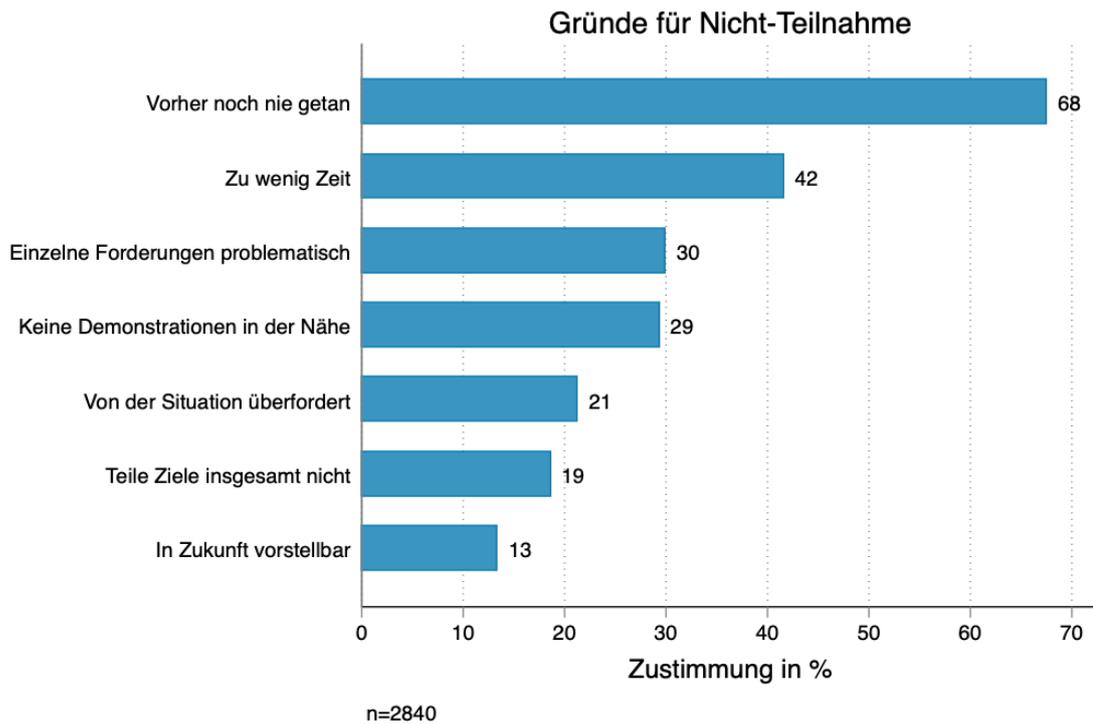
Von denen die *nicht* an den Friedensdemonstrationen teilgenommen haben, geben über zwei Drittel an, dass sie auch vorher noch nie an einer Demonstration teilgenommen haben. Der Unterschied zwischen Menschen, die regelmäßig demonstrieren gehen und solchen, die es (so gut wie) nie tun, stellt in der Protestforschung eine wichtige Unterscheidung dar. Ähnlich wie beim sozialen Engagement fehlt 42% der Nicht-Teilnehmenden schlicht und ergreifend die Zeit, oder es mangelt an Zugänglichkeit („keine De-

monstration in der Nähe“) (29%). Auch wenn die anfänglichen Großdemonstrationen relativ allgemeine Friedens- und Solidaritätsbekundungen formulierten,<sup>10</sup> sagen zudem rund 30% der Nicht-Teilnehmer\*innen, dass einzelne Forderungen sie von der Teilnahme abhalten, während rund 19% sogar „die Ziele der Demonstrationen insgesamt nicht teilen“.

**Abbildung 6: Gründe für die Teilnahme an Friedensdemonstrationen (oben) und Nicht-Teilnahme (unten)**



<sup>10</sup> Für die Demonstrationen in mehreren deutschen Großstädten am 13.03. mobilisierte beispielsweise ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Umweltverbänden, Kirchen, Friedens- und Menschenrechtsorganisationen (<https://stoppt-den-krieg.de/buendnis/>); in Köln das zentrale Karnevalskomitee (28.02.). (<https://koelnerkarneval.de/meldung/friedensdemonstration-am-rosenmontag-geplant>). Zentrale Forderungen waren jeweils Solidarität mit der Ukraine, ein Ende des Krieges, und Frieden generell.



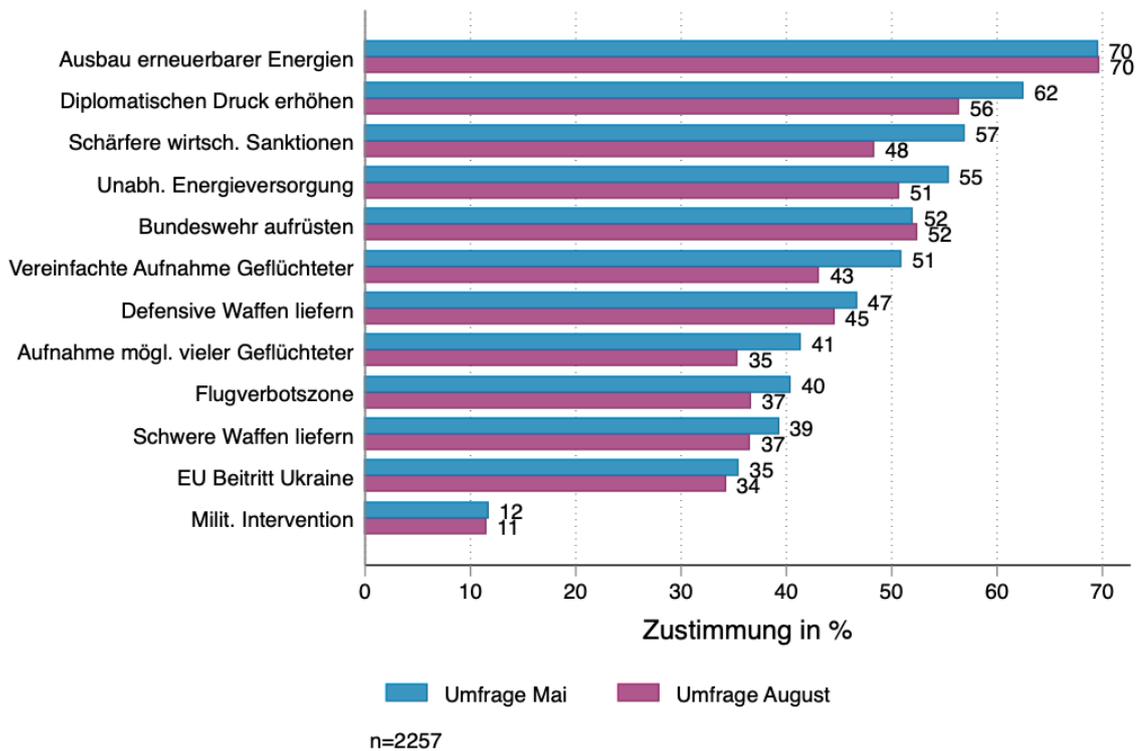
Anmerkung: Prozentangaben stellen Anteil der Protestierenden (oben; N=214) vs. denjenigen, die nicht an den Friedensdemonstrationen teilgenommen haben (unten; N=2.840) dar. Die abgebildeten Daten stammen aus der Befragung vom Mai 2022. Die Frage wurde in der zweiten Erhebung nicht erneut gestellt.

In der Tat fanden sich auf den Demonstrationen sehr unterschiedliche Forderungen, die auf einem sehr breiten Spektrum – von pazifistisch bis hin zu militärisch – rangierten. Gerade im Verlauf der Ostermärsche führte dies zu einer öffentlichen Debatte darüber, welche Forderungen eine Friedensbewegung gutheißen könne (Fedders, 2022). Unabhängig davon, ob sie selbst an einer Friedensdemonstration teilgenommen haben, wollten wir von den Befragten wissen inwieweit sie verschiedenen Forderungen zustimmen (Abbildung 7).

*Befund 5: Zivile Forderungen finden im Durchschnitt deutlich mehr Unterstützung als militärische Forderungen. Während neutrale Forderungen am stärksten mobilisieren, haben sowohl pazifistische als auch offensiv militärische Forderungen eine demobilisierende Wirkung.*

Wie zu erwarten nimmt die Zustimmung zu konkreten politischen Forderungen ab je kontroverser und interventionistischer sie sind. Forderungen ohne militärischen Bezug, etwa zu Energieversorgung, Sanktionen und Diplomatie finden die breiteste Zustimmung (siehe Abbildung 7).

**Abbildung 7: Zustimmung zu verschiedenen politischen Forderungen**



Anmerkung: Grafik bildet Zustimmung zu verschiedenen politischen Forderungen in % ab. Die Datengrundlage beruht auf beiden Wellen (Mai und August).

Knapp die Hälfte der Befragten unterstützen die vereinfachte Aufnahme Geflüchteter (51%) und immerhin noch 41% die Aufnahme von „so vielen Geflüchteten wie möglich“. Unter den militärischen Forderungen findet die Aufrüstung der Bundeswehr die größte Zustimmung (52%), gefolgt von der Lieferung ‚defensiver‘ Waffen (47%) und der Lieferung ‚schwerer‘ Waffen (39%); hier sind viele Menschen unentschieden, aber nicht mehrheitlich ablehnend.<sup>11,12</sup> Gefragt nach der Zustimmung zu einer Flugverbotszone sind es immer noch bemerkenswerte 40% (bzw. 37% im August) die diese befürworten; wie in der öffentlichen Debatte jedoch wiederholt diskutiert, würde eine Flugverbotszone mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit eine militärische Intervention nach sich ziehen (Reinecke, 2022). Die Forderung nach direk-

<sup>11</sup> Die Lieferung ‚defensiver‘ Waffen lehnen rund 29% der Befragten ab, 25% sind unentschieden und 47% stimmen zu. Die Lieferung ‚schwerer‘ Waffen lehnen rund 39% der Befragten ab, 23% sind unentschieden, und 39% stimmen zu.

<sup>12</sup> Auch wenn die militärische Sinnhaftigkeit der Unterscheidung zwischen „defensiven“ und „schweren“ Waffen kritisiert wurde, haben wir uns dennoch dafür entschieden sie zu nutzen, um die Begriffe der öffentlichen Debatte abzubilden.

ter militärischer Intervention wird jedoch nur von jeder\*m zehnten unterstützt.<sup>13</sup>

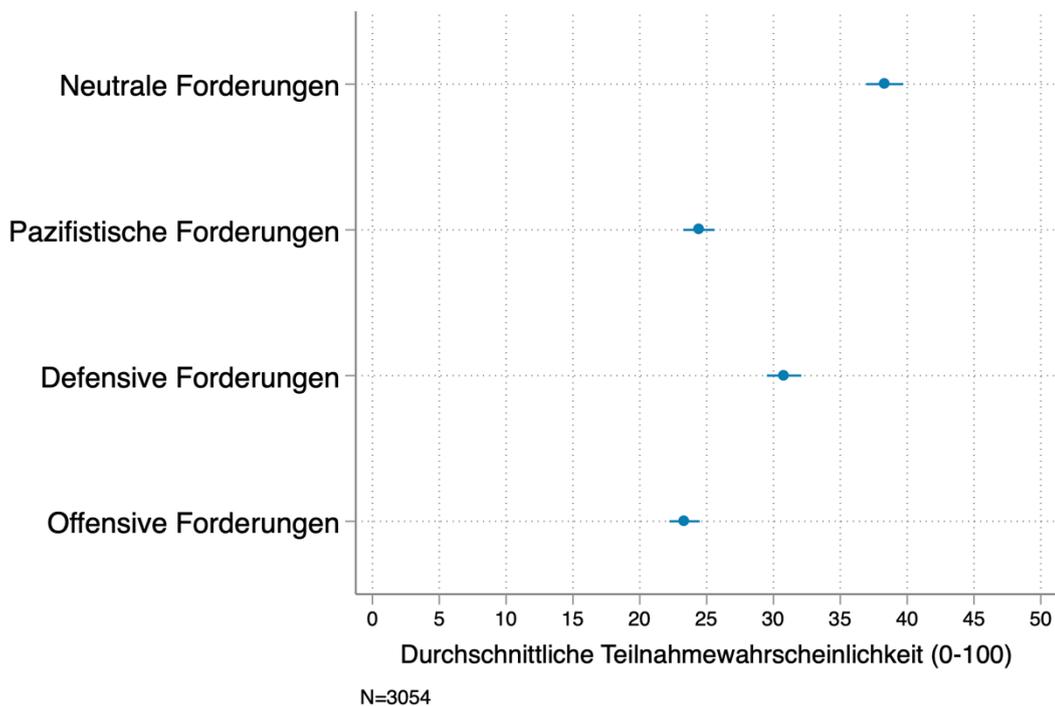
Die Forderungen lassen sich vereinfacht in ‚militärische‘ versus ‚zivile‘ Forderungen einteilen. Wähler\*innen der AfD und nichtrepräsentierte Bürger\*innen stimmen sowohl den militärischen als auch den zivilen Forderungen insgesamt in deutlich geringerem Maße zu als Anhänger\*innen anderer Parteien. Wähler\*innen von Bündnis 90/ Die Grünen sowie der SPD sind hingegen deutlich stärkere Befürworter\*innen der zivilen Forderungen als Wähler\*innen anderer Parteien. Wähler\*innen der Partei die Linke bewegen sich in ihrer Zustimmung zu den zivilen Forderungen im Durchschnitt, sind jedoch signifikant weniger bereit als Anhänger\*innen anderer Parteien auch militärische Forderungen zu unterstützen.

Die polarisierende und teilweise demobilisierende Kraft von militärischen versus pazifistischen Forderungen haben wir zudem in einem experimentellen Setting getestet. Abbildung 8 zeigt die durchschnittliche Teilnahme-wahrscheinlichkeit der Befragten, wenn ihnen Demonstrationsaufrufe mit verschiedenen Forderungen gezeigt werden. Demnach hat ein neutraler Demonstrationsaufruf (Forderungen: Ein Ende des Krieges; Frieden in der Ukraine und der ganzen Welt) das größte Mobilisierungspotenzial. Zeigt man den Befragten hingegen einen Demonstrationsaufruf mit pazifistischen Forderungen (keine Waffenlieferungen; massive Abrüstung statt Aufrüstung), defensiven Forderungen (Verstärkung der Sanktionen gegen Russland; Waffenlieferungen an die Ukraine) oder offensiven Forderungen (Flugverbotszone; aktive NATO Intervention), ist die Bereitschaft an einer Demonstration teilzunehmen signifikant geringer. Bemerkenswert ist hier, dass sowohl pazifistische als auch offensiv militärische Forderungen eine ähnlich demobilisierende Wirkung haben, während defensive Forderungen im Mittelfeld liegen.

---

<sup>13</sup> Im Zeitvergleich bleibt die Unterstützung für alle Forderungen erstaunlich stabil, nimmt in der Tendenz jedoch leicht ab. Die größte Veränderung lässt sich in der Unterstützung für schärfere Sanktionen beobachten (-9 Prozentpunkte); die Formulierung der Fragestellung lässt jedoch vermuten, dass viele die Sanktionen (Stand August) als ausreichend empfunden haben. Ein leichter Rückgang lässt sich auch in der Unterstützung für erhöhten diplomatischen Druck und die Aufnahme Geflüchteter beobachten.

**Abbildung 8: Teilnahmewahrscheinlichkeit an Friedensdemonstration bei unterschiedlichen Forderungen (neutral, pazifistisch, defensiv, offensiv)**



Anmerkung: Die Abbildung stellt die durchschnittliche Teilnahmewahrscheinlichkeit der Befragten an einer fiktionalen Friedensdemonstration dar. Im Fragebogen wurden den Befragten fiktionale Demonstrationsaufrufe gezeigt, mit der Bitte anzugeben, mit welcher Wahrscheinlichkeit sie daran teilnehmen würden (Skala von 0-100). Die Forderungen im Demonstrationsaufruf wurden zufällig variiert. Folgende Forderungen wurden den Befragten randomisiert gezeigt: Neutral: Wir fordern... Ein Ende des Krieges; Frieden in der Ukraine und der ganzen Welt; Pazifistisch: Wir fordern... Keine Waffenlieferungen; Massive Abrüstung statt Aufrüstung; Defensiv: Wir fordern... Verstärkung der Sanktionen gegen Russland; Waffenlieferungen; Offensiv: Wir fordern... Eine aktive Intervention durch die NATO; Eine Flugverbotszone.

Die Teilnahme an Demonstrationen ist jedoch nur eine Möglichkeit mit politischem Engagement auf den Ukraine-Krieg zu reagieren: Rund 56% der Befragten geben an, sich auch auf andere Art politisch engagiert zu haben. (Politisches) Konsumverhalten spielt, wohl auch auf Grund der deutschen Abhängigkeit von russischem Gas, eine große Rolle: Fast 40% geben schon im Mai an, ihren Energie- und Spritverbrauch aus *politischen Motiven* reduziert zu haben, wobei die ersten Preissteigerungen und -erwartungen zum Zeitpunkt der ersten Befragung bereits eine Rolle gespielt haben werden. Diese Zahl bleibt auch für unsere Befragung im August stabil. Jede\*r fünfte verzichtet zudem auf bestimmte Produkte oder meidet Unternehmen mit Russlandbezug (21% im Mai vs. 17% im August).

### **Zwischenfazit**

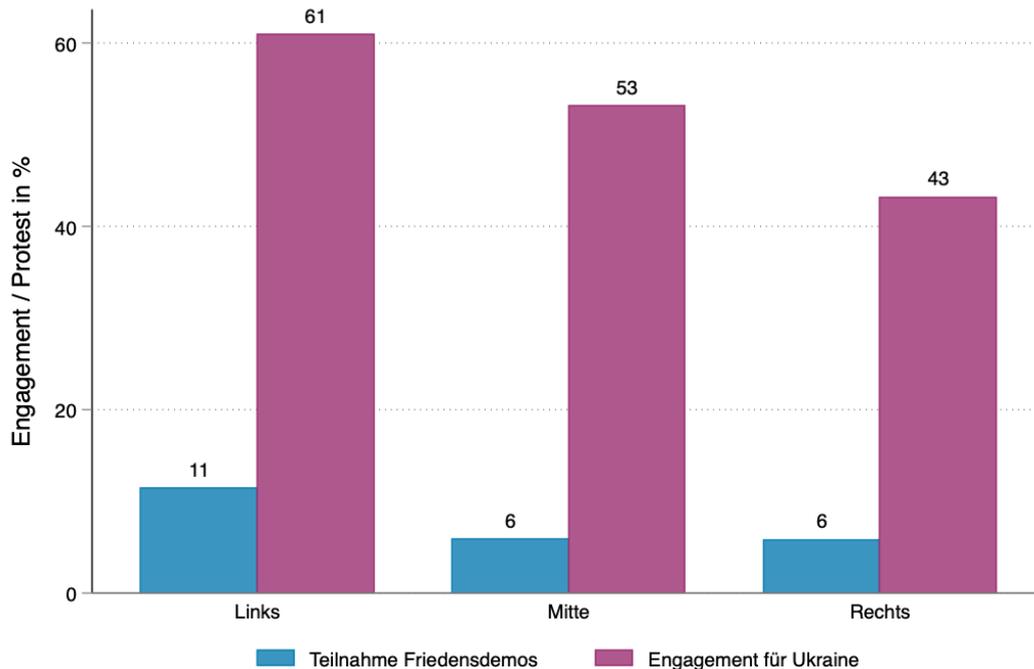
*Die neuen Friedensdemonstrationen haben in Deutschland eine bemerkenswerte Mobilisierungskraft entwickelt, und zumindest in den ersten Wochen nach Ausbruch des russischen Angriffskrieges viele Menschen auf die Straßen geholt: Das Bedürfnis, ein politisches Zeichen zu setzen sowie eine gemeinsam empfundene moralische Verpflichtung haben dabei eine große Rolle gespielt. Protest und Engagement gingen für die große Mehrheit der Protestierenden Hand in Hand. Die Demonstrationen waren aber auch Spiegelbild einer gesellschaftlichen Debatte um die Rolle Deutschlands zwischen pazifistischer und militärischer Macht: Klar ist, dass zivile Forderungen im Durchschnitt deutlich mehr Unterstützung finden als militärische Forderungen. Insgesamt war das Mobilisierungspotenzial – also die Bereitschaft der Menschen, auf die Straße zu gehen – bei möglichst neutralen friedenspolitischen Forderungen am größten. Forderungen im Einklang mit dem status quo (Sanktionen und Waffenlieferungen) zeigen eine stärkere Mobilisierungskraft als sowohl dezidiert pazifistische als auch klar offensiv-militärische Forderungen.*

### **4. Ein abschließender Blick auf potentielle Konfliktgegenstände: Russland, Migration und Lebenshaltungskosten**

*Befund 6: Betrachtet man die Links-rechts-Selbstverortung und potentielle Konfliktgegenstände der gegenwärtigen Krise – Russland, Migration, Lebenshaltungskosten – zeigt sich, dass das soziale Engagement für die Ukraine etwas stärker entlang dieser Dimensionen strukturiert ist als die Beteiligung an den Friedensdemonstrationen.*

Betrachtet man Engagement und Protest entlang einer klassischen Links-Rechts Skala (bei der Befragte um Selbsteinordnung gebeten werden) zeigt sich, dass sich sowohl unter den Protestierenden als auch unter den Engagierten allgemein eher Menschen finden, die sich im linken Spektrum verorten (Abbildung 9). Im August bleibt diese Links-Tendenz jedoch nur beim Engagement bestehen, während sich die Protestteilnahme zunehmend ausgeglichen über das gesamte politische Spektrum verteilt.

**Abbildung 9: Soziales Engagement & Teilnahme an Friedensdemonstrationen nach Links-Rechts Selbstzuordnung**



Anmerkung: Links-rechts Skala wurde von einer Skala von 0-10 auf drei Kategorien reduziert; 0-3= „Links“; 4-6=„Mitte“; 7-10=„Rechts“. Die abgebildeten Daten stammen aus der Befragung vom Mai 2022. Bei der Erhebung im August sehen wir, dass die Links-Tendenz nur beim Engagement bestehen bleibt, während sich die Protestteilnahme zunehmend ausgeglichen über das gesamte politische Spektrum verteilt.

Im Nachzug der Ukraine-Krise lassen sich jedoch über das Links-Rechts Spektrum hinaus mindestens drei mögliche Konfliktgegenstände identifizieren: 1) Russland, 2) Migration und 3) steigende Lebenshaltungskosten.

Erstens lässt sich ein Konflikt zwischen ‚russlandfreundlichen‘ und ‚russlandkritischen‘ Einstellungen identifizieren.<sup>14</sup> Rund 9% der von uns Befragten lehnen die Aussage „Putins Angriffskrieg ist ungerechtfertigt“ eher oder vollkommen ab, 15% sind unentschieden.<sup>15</sup> Diese Einstellung findet sich signifikant häufiger unter Befragten, die sich im rechten als im linken politischen Spektrum einordnen. Da das soziale Engagement und (größtenteils) auch die Protestmobilisierung dezidiert pro-ukrainisch waren, wäre zu erwarten, dass Befragte mit einem höheren Verständnis für Putins Angriffskrieg hier insgesamt unterrepräsentiert sind.

<sup>14</sup> Den Russlandkonflikt messen wir anhand von Zustimmung oder Ablehnung der Aussage „Putins Angriffskrieg auf die Ukraine ist vollkommen ungerechtfertigt“ (1: Stimme überhaupt nicht zu – 7: Stimme vollkommen zu).

<sup>15</sup> Diese Daten stammen aus der Erhebung im Mai. Im August blieben diese Werte stabil: Zustimmung (10%) und unentschieden (18%).

Zweitens erleben wir eine sich zuspitzende Situation im Zuge drastisch steigender Energiepreise und Lebenshaltungskosten. Im Durchschnitt geben zwei Drittel (rund 68%)<sup>16</sup> der von uns Befragten an, dass sie von den Preissteigerungen stark betroffen sind: Dies zeigt das drastische Ausmaß der Betroffenheit „bis weit in die Mittelschicht hinein“ (Henger & Stockhausen, 2022, S.1). Hier interessiert uns, ob sich Unterschiede im Partizipationsverhalten abzeichnen zwischen denjenigen, die stark von der Preiskrise betroffen sind und denen, die in geringerem Maße betroffen sind.<sup>17</sup> Auch hier würde man erwarten, dass sich Menschen, die stark von den steigenden Kosten betroffen sind, weniger engagieren oder weniger demonstrieren – sei es auf Grund von mangelnden Ressourcen oder potentiell abnehmender Solidarität.

Drittens: Auch wenn die Einstellungen gegenüber Geflüchteten aus der Ukraine insgesamt noch sehr positiv sind, werden im öffentlichen Diskurs bereits vereinzelt migrationskritische Ressentiments bedient (FAZ, 2022). Der Migrationskonflikt – also ob man Migration positiv oder negativ gegenübersteht – ist immer noch eine der wichtigsten Einstellungen, die den deutschen politischen Raum strukturieren (Hutter & Kriesi, 2019). Auch hier würde man erwarten, dass sich sowohl am Engagement für die Ukraine als auch an den Friedensdemonstrationen eher migrationsoffene Menschen beteiligen.<sup>18</sup>

Abbildung 10 schlüsselt soziales Engagement und Teilnahme an Friedensdemonstrationen nach den verschiedenen Konfliktgegenständen auf. Hier wollen wir der Frage nachgehen, ob sich soziales Engagement (*türkis*) und Protestteilnahme (*magenta*) anhand der drei Konfliktgegenstände erklären lassen; also ob sich beispielsweise russlandfreundliche und russlandkritische Befragte in ihrem Engagement- und Protestverhalten signifikant voneinander unterscheiden.

Für das soziale Engagement lassen sich signifikante Unterschiede entlang der Russland- sowie der Migrationsfrage feststellen: Befragte mit ‚russlandfreundlicheren‘ oder migrationskritischeren Einstellungen waren signifi-

---

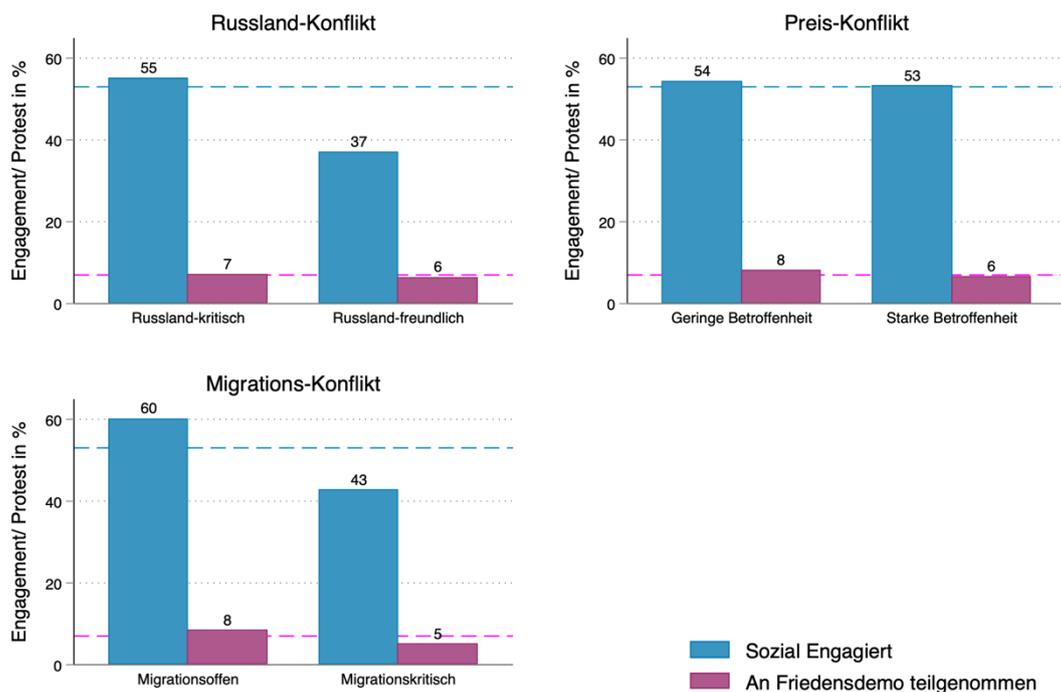
<sup>16</sup> Diese Daten stammen aus der Erhebung im Mai; der Wert bleibt im August stabil (68% Betroffenheit).

<sup>17</sup> Den Konflikt um Lebenshaltungskosten messen wir anhand von Zustimmung oder Ablehnung der Aussage „Ich bin von den steigenden Lebenshaltungskosten stark betroffen“ (1: Stimme überhaupt nicht zu – 7: Stimme vollkommen zu).

<sup>18</sup> Den Migrationskonflikt messen wir anhand von Zustimmung oder Ablehnung der Aussage „Deutschland wird durch Zuwanderung zu einem schlechteren Ort zum Leben“ (1: lehne stark ab – 5: stimme stark zu). In unserer Stichprobe stimmen 38% der Befragten dieser Aussage zu.

kant weniger häufig engagiert als ihr Gegenüber.<sup>19</sup> Betroffenheit durch die steigenden Lebenshaltungskosten scheint jedoch keinen signifikanten Einfluss auf solidarisches Verhalten zu haben: Es ist bemerkenswert, dass gerade diejenigen, die von der Preiskrise stark betroffen sind, und somit eine direkte negative Auswirkung der Ukraine-Krise spüren, sich in gleichem Maße sozial engagieren wie diejenigen, die angeben, kaum bis gar nicht von den gestiegenen Lebenshaltungskosten betroffen zu sein.

**Abbildung 10: Engagement und Protest nach potentiellen Konflikten**



Anmerkung: Die abgebildeten Daten stammen aus der Befragung vom Mai 2022. Die Daten unserer Erhebung im August 2022 zeigen, dass russlandfreundliche Einstellungen auf den Demonstrationen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung signifikant überrepräsentiert waren, während die anderen Konfliktthemen im Vergleich zum Mai stabil bleiben. Die Y-Linien repräsentieren den Bevölkerungsdurchschnitt für soziales Engagement (53%) und Teilnahme an den Friedensdemonstrationen (7%).

Für die Friedensdemonstrationen zeigt sich ein heterogeneres Muster. Im Mai machen allein Einstellungen zu Migrationsfragen einen Unterschied aus. Migrationsskeptischere Befragte waren signifikant weniger bereit, an den Friedensdemonstrationen teilzunehmen, als Befragte mit migrationsbefürwortenden Einstellungen. Diejenigen, die von den Preissteigerungen stark betroffen sind, waren hingegen genauso präsent wie weniger Be-

<sup>19</sup> Im August sind russlandfreundliche Befragte im sozialen Engagement nicht mehr unterrepräsentiert.

troffene: Es lässt sich also kein Unterschied entlang des Preiskonflikts feststellen. Diese Befunde bleiben auch im August stabil.

Interessanterweise decken sich die Befunde hinsichtlich der Einstellung zu Putins Angriffskrieg nicht mit unseren Erwartungen: Im Mai nimmt ein ähnlich großer Anteil der ‚russlandkritischen‘ (7%) wie russlandfreundlichen‘ (6%) Befragten an den Friedensdemonstrationen teil; es zeigt sich also kein signifikanter Unterschied in der Teilnahmewahrscheinlichkeit. Im August beobachten wir sogar, dass Menschen mit ‚russlandfreundlicheren‘ Einstellungen signifikant häufiger angaben, an den Demonstrationen teilzunehmen (15% im Vergleich zu 7% der restlichen Befragten). Es ist hier allerdings wichtig zu betonen, dass diese Einstellungen insgesamt in der Bevölkerung eine Minderheitenposition darstellen. Daher machen auch ‚russlandfreundliche‘ Befragte für diesen Zeitraum immer noch nur eine Minderheit (rund 20%) der Protestteilnehmer\*innen aus. Nach wie vor stehen rund 80% der Teilnehmer\*innen an den Friedensdemonstrationen Putins Angriffskrieg kritisch gegenüber.

Insgesamt zeigt dies, dass das soziale Engagement für die Ukraine etwas stärker von Links-rechts-Orientierungen und den erwartbaren Konflikten geprägt war (russlandfreundliche oder migrations skeptische Befragte waren hier deutlich weniger präsent), während bei den Friedensdemonstrationen lediglich der Migrationskonflikt eine demobilisierende Auswirkung hatte. Diese Befunde spiegeln auch die in den Medien rezipierte Heterogenität der Friedensdemonstrationen wider und legen nahe, dass es unter den Friedensbewegten sehr unterschiedliche Vorstellungen eines Friedens zwischen Ukraine und Russland gibt. Darüber hinaus lässt sich festhalten, dass die große Betroffenheit von gestiegenen Lebenshaltungskosten in der Bevölkerung sich zum Zeitpunkt unserer Befragungen nicht negativ auf solidarisches Verhalten und Protest für die Ukraine auswirkt.

## **5. Fazit**

Die Ergebnisse bieten eine Momentaufnahme der deutschen Zivilgesellschaft in den ersten Monaten nach Kriegsausbruch. Die Tatsache, dass die Hälfte der Bevölkerung sich in diesem Zusammenhang sozial und/oder politisch engagiert hat (sei es durch Geld- oder Sachspenden, politischen Konsum, oder Unterstützung bei der Ankunft geflüchteter Menschen) zeigt das enorme Potential einer Zivilgesellschaft, die durch den Krieg und seine Folgen mobilisiert wurde. Unsere Befunde zu Engagement und Einstellungen legen nahe, dass ein großer Konsens darüber besteht, dass den Geflüchteten geholfen und dem russischen Angriffskrieg etwas entgegengesetzt werden muss.

Rein zahlenmäßig sehen wir, dass sich ein ähnlicher Anteil der Bevölkerung für die Ukraine engagiert hat wie im „Sommer der Solidarität“ 2015. Wieder spielten informelle und spontane Kanäle des Engagements eine zentrale Rolle. Auch diesmal war das Engagement politisch geprägt: Viele sehen den Staat in der Pflicht, zivilgesellschaftliche Akteure besser zu unterstützen. Trotzdem war und ist das gegenwärtige Engagement weniger polarisierend als 2015: Den Ankommenden wird mit viel Wohlwollen begegnet, wenn auch eine gewisse Besserstellung der ukrainischen Geflüchteten gesehen wird. Insgesamt sinkt die Unterstützung für die Aufnahme Geflüchteter in den letzten Monaten nur gering, sie ist jedoch vor allem unter Engagierten deutlich höher als im Rest der Bevölkerung.

Bei den Friedensdemonstrationen sehen wir hingegen eine Mischung aus Solidarität und Polarisierung: Insgesamt ließ sich eine große Mobilisierung beobachten und viele der Protestierenden verbanden Protest mit konkretem Engagement. Gleichzeitig zeichnet sich die gesellschaftliche Polarisierung zwischen Pazifismus und militärischen Lösungen auch in der Friedensbewegung ab: Während möglichst neutrale Forderungen am stärksten mobilisieren, nimmt die Bereitschaft zu demonstrieren sowohl mit zunehmend pazifistischen als auch militärisch-offensiven Forderungen stark ab. Dies zeigt unseres Erachtens das Dilemma einer Friedensbewegung in Kriegszeiten auf.

Betrachtet man mögliche Konfliktgegenstände der gegenwärtigen Krise – Russland, Migration, und steigende Lebenshaltungskosten – zeigt sich, dass das soziale Engagement für die Ukraine etwas stärker entlang dieser Einstellungen strukturiert ist (eher russlandkritisch, eher migrationsoffen) als die Beteiligung an den Friedensdemonstrationen. Somit sind die Friedensproteste in ihrer starken Heterogenität in Auftreten und Teilnehmer\*innenschaft ein Spiegelbild der überlappenden Krisen und Konfliktgegenstände, die sich nun im Ukraine Krieg niederschlagen und auf neue Art zusammenfallen.

Im Zuge der Ukraine-Krise lässt sich somit, wie in vorangegangenen Krisenmomenten, ein starker solidarischer Moment beobachten (Höltmann & Hutter, 2021). Wieder zeigt sich, dass Zivilgesellschaft zu bemerkenswerter spontaner Selbstorganisation fähig ist, die staatlichem Handeln oft voraus-eilt. Gleichzeitig fungiert Zivilgesellschaft auch im Zuge des Ukraine-Kriegs als Trägerin und Aushandlungsort von gesellschaftlichem Konflikt (Grande, 2018).

## 6. Literatur

- Brady, H. E., Verba, S., & Schlozman, K. L. (1995). Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. *American Political Science Review*, 89(2), 271–294. <https://doi.org/10.2307/2082425>
- Braun, S. (2022, März 21). Ukraine-Spendenaktion in Heiligenstadt: Überwältigende Hilfsbereitschaft. *Nordbayern*. <https://www.nordbayern.de/region/forchheim/ukraine-spendenaktion-in-heiligenstadt-uberwaltigende-hilfsbereitschaft-1.11946542>
- Brautzsch, J. (2022, März 16). Viele Herausforderungen beim Umgang mit Geflüchteten für Ämter und Behörden. *mdr*. <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/panorama/gefluechtete-ukraine-behoerden-100.html>
- Carlsen, H. B., Toubøl, J., & Brincker, B. (2020). On solidarity and volunteering during the COVID-19 crisis in Denmark: The impact of social networks and social media groups on the distribution of support. *European Societies*, 23(sup1), 122–140. <https://doi.org/10.1080/14616696.2020.1818270>
- Dollmann, J., Mayer, S. J., Jacobsen, J., Köhler, J., Lietz, A., & Siegel, M. (2022). *Weiterhin hohe Unterstützungsbereitschaft für ukrainische Geflüchtete in Deutschland: Eine Längsschnittanalyse des DeZIM.panels* [Preprint]. SocArXiv. <https://doi.org/10.31235/osf.io/8h5c6>
- FAZ. (2022, September 27). Friedrich Merz bedauert das Wort „Sozialtourismus“. *FAZ*. <https://www.faz.net/aktuell/politik/friedrich-merz-bedauert-das-wort-sozialtourismus-18346772.html>
- Fedders, J. (2022, März 14). Frieden schaffen ohne Waffen? Ukrainer in Berlin fühlen sich von der Friedensbewegung im Stich gelassen. *Tagesspiegel*. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/frieden-schaffen-ohne-waffen-ukrainer-in-berlin-fuehlen-sich-von-der-friedensbewegung-im-stich-gelassen-422794.html>
- Grande, E. (2018). Zivilgesellschaft, politischer Konflikt und soziale Bewegungen. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 31(1–2), 52–60. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2018-0007>
- Henger, R., & Stockhausen, M. (2022). *Gefahr der Energiearmut wächst* (Nr. 55; IW-Kurzbericht). <https://www.iwkoeln.de/studien/ralph-henger-maximilian-stockhausen-gefahr-der-energiearmut-waechst.html>
- Höltmann, G., & Hutter, S. (2021). Viel Hilfsbereitschaft, viel Protest. *WZB Mitteilungen: Polarisierung und Gesellschaft*.
- Hutter, S., & Kriesi, H. (Hrsg.). (2019). *European Party Politics in Times of Crisis* (1. Aufl.). Cambridge University Press. <https://doi.org/10.1017/9781108652780>
- Jacobsen, J., Eisnecker, P., & Schupp, J. (2017). *Rund ein Drittel der Menschen in Deutschland spendete 2016 für Geflüchtete, zehn Prozent halfen vor Ort – immer mehr äußern aber auch Sorgen* (DIW Wochenbericht Nr.17.2017). [https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.556679.de/17-17-1.pdf](https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.556679.de/17-17-1.pdf)
- Jacobsen, J., Schieferdecker, D., Gerstorf, D., Hutter, S., & Specht, J. (2022). Long-Term Dynamics of Voluntary Engagement: Differentiating Social Structural

- from Cohort and Period Effects. *VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*. <https://doi.org/10.1007/s11266-022-00518-y>
- Lamberty, P., Holnburger, J., & Goedeke Tort, M. (2022, Februar 17). CeMAS-Studie: Das Protestpotential während der COVID-19-Pandemie. *cemas Center für Monitoring, Analyse und Strategie*. <https://cemas.io/blog/protestpotential/>
- Liebert, J. (2022, März 4). Wir sind am Zug. *Sueddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/fluechtlinge-ukraine-berlin-senat-1.5540930>
- Lucius, F. (2022, März 2). Die Hilfsbereitschaft ist überwältigend. *Nordkurier*. <https://www.nordkurier.de/pasewalk/die-hilfsbereitschaft-ist-ueberwaeltigend-0247309803.html>
- Mediendienst Integration. (2022, September 1). Flüchtlinge aus der Ukraine. *Mediendienst Integration*. <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/ukrainische-fluechtlinge.html>
- Quarantelli, E. L., & Dynes, R. R. (1977). Response to Social Crisis and Disaster. *Annual Review of Sociology*, 3(1), 23–49. <https://doi.org/10.1146/annurev.so.03.080177.000323>
- rbb24. (2022a, Februar 27). Hunderttausende demonstrieren in Berlin gegen Angriff auf Ukraine. *rbb24*. <https://www.rbb24.de/politik/thema/Ukraine/beitraege/grossdemonstration-strasse-des-17--juni-berlin-russland-invasion-putin.html>
- rbb24. (2022b, Juni 1). Berlin bleibt weiter wichtiges Ziel für Menschen aus der Ukraine. *rbb24*. <https://www.rbb24.de/politik/thema/Ukraine/beitraege/krieg-ukraine-gefluechtete-berlin-brandenburg-ankunft-statistik.html>
- Reinecke, S. (2022, März 23). Realpolitik ohne Heldenpose. *taz*. <https://taz.de/Nein-von-Scholz-zu-Flugverbotszone/!5840269/>
- Schley, M. (2022, März 14). Erste Kriegsflüchtlinge erreichen Oeding: „Überwältigende Hilfsbereitschaft“. *Münsterland Zeitung*. <https://www.muensterlandzeitung.de/suedlohn/erste-kriegsfluechtlinge-erreichen-oeding-ueberwaeltigende-hilfsbereitschaft-w1735482-p-9000470481/>
- Schnabel, S. (2022, Februar 28). Rosenmontag in Kriegszeiten—250.000 bei Friedensdemo in Köln. *WDR*. <https://www1.wdr.de/nachrichten/rosenmontag-frieden-demo-krieg-ukraine-corona-nrw-100.html#:~:text=Das%20Festkomitee%20Kölner%20Karneval%20hatte,in%20Oder%20Geschichte%20von%20NRW%20>
- Simonson, J., Kelle, N., Kausmann, C., & Tesch-Römer, C. (Hrsg.). (2022). *Freiwilliges Engagement in Deutschland: Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019*. Springer Fachmedien Wiesbaden. <https://doi.org/10.1007/978-3-658-35317-9>
- Simsa, R., Rameder, P., Aghamanoukjan, A., & Totter, M. (2019). Spontaneous Volunteering in Social Crises: Self-Organization and Coordination. *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly*, 48(2\_suppl), 103S–122S. <https://doi.org/10.1177/0899764018785472>
- Tagesspiegel. (2015, Juli 31). Umfrage: Immer mehr wollen weniger Flüchtlinge in Deutschland. *Tagesspiegel*. <https://www.tagesspiegel.de/politik/immer->

- mehr-wollen-weniger-fluechtlinge-in-deutschland-3646981.html
- Tinç, T., & Haschnik, G. (2022, April 4). Hilfe für Geflüchtete: Unverzichtbare Freiwillige. *Frankfurter Rundschau*. <https://www.fr.de/rhein-main/hilfe-fuer-gefluechtete-unverzichtbare-freiwillige-91457578.html>
- UNO Flüchtlingshilfe. (2022, September 6). Ukraine: Nothilfe für Flüchtlinge und Vertriebene. *Hilfe Weltweit*. <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfe-weltweit/ukraine>
- von Bullion, C., & von Hardenberg, N. (2022, März 7). Überwältigende Hilfsbereitschaft. *Sueddeutsche Zeitung*. <https://www.sueddeutsche.de/politik/ukrainie-fluechtlinge-deutschland-1.5542919>
- Zeit Online. (2022a, März 10). Spendenbereitschaft für Ukraine teils so hoch wie nie zuvor. *Zeit Online*. [https://www.zeit.de/news/2022-03/10/spendenbereitschaft-fuer-ukraine-teils-so-hoch-wie-nie-zuvor?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/news/2022-03/10/spendenbereitschaft-fuer-ukraine-teils-so-hoch-wie-nie-zuvor?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)
- Zeit Online. (2022b, März 13). Zehntausende demonstrieren gegen Krieg in der Ukraine. *Zeit Online*. [https://www.zeit.de/gesellschaft/2022-03/friedensdemos-deutschland-krieg-ukraine-grossstaedte?utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F](https://www.zeit.de/gesellschaft/2022-03/friedensdemos-deutschland-krieg-ukraine-grossstaedte?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F)

## 7. Anhang: Fragestellungen

### Engagementformen

Haben Sie seit Beginn des Ukraine-Kriegs (*Welle 2: im letzten Monat*) eine der folgenden Aktivitäten für Menschen unternommen, die vom Ukraine-Krieg betroffen sind?

- Geld für Hilfsorganisationen oder Privatpersonen in Not gespendet
- Sachen für Hilfsorganisationen oder Privatpersonen in Not gespendet
- Bei der Ankunft von Geflüchteten geholfen (bspw. am Bahnhof ausgeholfen, übersetzt, Essen gemacht, bei der Vorbereitung von Unterkünften geholfen)
- Informationen über Hilfsangebote geteilt (andere Menschen auf Hilfsangebote aufmerksam gemacht, Informationen im Internet geteilt, Gesuche weitergeleitet etc.)
- Menschen aus der Ukraine für ein paar Tage bei mir zu Hause aufgenommen
- Menschen aus der Ukraine für **mehr** als ein paar Tage bei mir zu Hause aufgenommen
- Ich habe in anderer Form Unterstützung geleistet

*Skala: 1: Nein habe ich nicht getan; 2: Ja, einmal; 3: Ja, mehrmals*

### Kontext des Engagements

Sie haben angegeben, dass Sie sich für Menschen, die vom Ukraine-Krieg betroffen sind, eingesetzt haben. Welche der folgenden Möglichkeiten treffen auf den Rahmen/ Kontext Ihrer Unterstützung zu?

(Mehrfachantwort möglich)

- Im Rahmen einer Spendenaktion
- Im Rahmen meiner ehrenamtlichen Tätigkeit für einen Verein/ eine Initiative
- Im Rahmen einer spontanen Hilfsaktion
- Im Rahmen eines über soziale Medien organisierten Netzwerks (bspw. Telegram, Facebook, Instagram, etc.)
- Ich habe selbst etwas organisiert
- Anderer Kontext

### Gründe für Engagement & Nicht-Engagement

Wie wichtig waren folgende Motive für Ihr Engagement? (Geld- oder Sachspenden, direkte Hilfe, etc.)

- Ich fühle mich dadurch besser
- Menschen, die mir nahestehen, messen dem Engagement einen hohen Stellenwert bei
- Ich kann damit zur Krisenbewältigung beitragen

- Ich kann damit ein politisches Zeichen setzen
- Ich fühle mich moralisch dazu verpflichtet
- Jemand hat mich darum gebeten
- Ich kann dadurch Politiker unter Druck setzen, etwas zu ändern
- Ich konnte das Leid der Menschen nicht ertragen

*Skala: 1 (Trifft überhaupt nicht zu) – 7 (trifft vollkommen zu)*

Sie haben angegeben, dass Sie sich in Bezug auf den Ukraine-Krieg **nicht** engagiert haben. Inwiefern treffen die folgenden Aussagen auf Sie zu?

- Ich kann mir vorstellen, mich in Zukunft zu engagieren
- Ich habe zu wenig Zeit
- Ich bin von der Situation überfordert
- Ich weiß nicht, wie ich mich engagieren kann
- Ich möchte mich nicht für diesen Zweck engagieren
- Habe ich vorher noch nie getan
- Ich finde, der Staat sollte sich in erster Linie um diese Angelegenheiten kümmern

*Skala: 1 (Trifft überhaupt nicht zu) – 7 (trifft vollkommen zu)*

### **Vergleich 2015 & 2022: Wahrnehmung Flüchtlingspolitik / Rollenverteilung zwischen Staat und Zivilgesellschaft**

Denken Sie kurz an die Flüchtlingskrise im Jahr 2015 zurück. Würden Sie im Nachhinein sagen, die Bundesregierung hat eher zu viel oder zu wenig für die Menschen getan, die 2015 nach Deutschland geflohen sind?

*Skala: 1 (Viel zu viel) – 3 (Genug) – 7 (Viel zu wenig)*

Während der Flüchtlingskrise 2015 gab es eine Diskussion darum, was die Zivilgesellschaft und Ehrenamtliche leisten können und wo der Staat hätte mehr tun sollen. Inwiefern stimmen Sie der folgenden Aussage zu? „Der deutsche Staat hat die Zivilgesellschaft 2015 im Stich gelassen.“

*Skala: 1 (Stimme überhaupt nicht zu) – 7 (Stimme vollkommen zu)*

Denken Sie nun wieder an die gegenwärtige Situation und den Ukraine-Krieg zurück. Tut die Bundesregierung eher zu viel oder zu wenig für die Menschen, die derzeit aus der Ukraine nach Deutschland fliehen?

*Skala: 1 (Viel zu viel) – 3 (Genug) – 7 (Viel zu wenig)*

Inwiefern stimmen Sie der folgenden Aussage zu? „Der deutsche Staat lässt die Zivilgesellschaft derzeit im Stich.“

*Skala: 1 (Stimme überhaupt nicht zu) – 7 (Stimme vollkommen zu)*

## **Einstellungen zur Aufnahme Geflüchteter**

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

- „Menschen, die derzeit aus der Ukraine zu uns fliehen, werden besser behandelt als andere Menschen auf der Flucht“
- „Deutschland sollte möglichst viele Menschen aus der Ukraine aufnehmen“

*Skala: 1 (Stimme überhaupt nicht zu) – 7 (Stimme vollkommen zu)*

Geben Sie bitte für jede Forderung an, wie sehr Sie ihr zustimmen.

- „Die Aufnahme von Geflüchteten so leicht wie möglich zu gestalten“

*Skala: 1 (Stimme dieser Forderung überhaupt nicht zu) – 7 (Stimme dieser Forderung vollkommen zu)*

## **Teilnahme an Friedensdemonstrationen**

Seit Beginn des Ukraine-Kriegs sind an den letzten Wochenenden viele Menschen in Deutschland auf die Straßen gegangen, um für den Frieden zu demonstrieren und ihre Solidarität mit der Ukraine zu bekunden.

Haben Sie (*Welle 2: im letzten Monat*) an einer oder mehrerer dieser Demonstrationen und Kundgebungen teilgenommen?

*Skala: 1: Habe nicht teilgenommen; 2: Habe einmal teilgenommen; 3: Habe mehrfach teilgenommen*

## **Gründe für die Teilnahme und Nicht-Teilnahme an Friedensdemonstrationen**

Wie wichtig waren folgende Motive für Ihre Teilnahme an den Demonstrationen?

- Ich fühle mich dadurch besser
- Menschen, die mir nahestehen, messen der Tätigkeit einen hohen Stellenwert bei
- Ich kann damit zur Krisenbewältigung beitragen
- Ich kann damit ein politisches Zeichen setzen
- Ich fühle mich moralisch dazu verpflichtet
- Mich hat jemand darum gebeten
- Ich kann dadurch Politiker unter Druck setzen, etwas zu ändern

*Skala: 1 (Trifft überhaupt nicht zu) – 7 (Trifft vollkommen zu)*

Sie haben angegeben, dass Sie bisher **nicht** an Demonstrationen oder Kundgebungen mit Bezug auf den Ukraine-Krieg teilgenommen haben. Inwiefern treffen folgende Aussagen auf Sie zu?

- Ich kann mir vorstellen, in Zukunft teilzunehmen
- Ich habe zu wenig Zeit
- Ich bin von der Situation überfordert
- Es gibt keine Demonstrationen in meiner Nähe
- Ich habe zuvor auch noch nie an einer Demonstration teilgenommen
- Ich finde einzelne Forderungen problematisch
- Ich teile die Ziele insgesamt nicht

*Skala: 1 (Trifft überhaupt nicht zu) – 7 (Trifft vollkommen zu)*

### **Zustimmung zu verschiedenen politischen Forderungen**

Geben Sie bitte für jede Forderung an, wie sehr Sie ihr zustimmen.

- Den diplomatischen Druck auf Russland zu erhöhen
- Wirtschaftliche Sanktionen zu verschärfen
- Die Bundeswehr aufzurüsten
- Defensive Waffen zu liefern
- Schwere Waffen zu liefern
- Eine Flugverbotszone einzurichten
- Militärisch einzugreifen
- Die Ukraine in die Europäische Union aufzunehmen
- Die deutsche Energieversorgung von Russland abzukoppeln
- Erneuerbare Energien möglichst schnell auszubauen
- Die Aufnahme von Geflüchteten so leicht wie möglich zu machen
- So viele Geflüchtete wie möglich aufzunehmen

*Skala: 1 (Stimme dieser Forderung überhaupt nicht zu) – 7 (Stimme dieser Forderung vollkommen zu)*

### **Teilnahmewahrscheinlichkeit an Friedensdemonstration bei unterschiedlichen Forderungen (Neutral, pazifistisch, defensiv, offensiv)**

Hier wurde den Befragten ein Survey Experiment präsentiert, bei dem zwei verschiedene (fiktionale) Demonstrationsaufrufe (Demo A und Demo B) nebeneinandergestellt werden. Dabei werden die primären Forderungen der Demonstrationsaufrufe variiert:

Neutrale Forderungen:

- Ein Ende des Krieges
- Frieden in der Ukraine und der ganzen Welt

Pazifistische Forderungen:

- Keine Waffenlieferungen
- Massive Abrüstung statt Aufrüstung

Defensive Forderungen:

- Verstärkung der Sanktionen gegen Russland
- Waffenlieferungen

Offensive Forderungen:

- Eine aktive Intervention durch die NATO
- Eine Flugverbotszone

Fragestellung:

- Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie an **Demonstration A** teilnehmen, wenn diese in Ihrer Nähe stattfindet?

*Skala: 0 (überhaupt nicht wahrscheinlich) – 100 (sehr wahrscheinlich)*

- Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie an **Demonstration B** teilnehmen, wenn diese in Ihrer Nähe stattfindet?

*Skala: 0 (überhaupt nicht wahrscheinlich) – 100 (sehr wahrscheinlich)*

### **Links-Rechts Selbstzuordnung**

In der Politik spricht man manchmal von "links" und "rechts". Wo auf der Skala würden Sie sich selbst einstufen, wenn 0 für links steht und 10 für rechts?

*Skala von 0 (Links) – 10 (Rechts)*

### **Konfliktgegenstände: Russland, Migration, Lebenshaltungskosten**

Inwiefern stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?

- „Putins Angriffskrieg auf die Ukraine ist vollkommen ungerechtfertigt“
- „Ich bin von den steigenden Lebenshaltungskosten stark betroffen“

*Skala: 1 (Stimme überhaupt nicht zu) – 7 (Stimme vollkommen zu)*

Wie sehr stimmen Sie folgenden Aussagen zu?

- „Durch zunehmende Vielfalt wird das Leben in Deutschland im Allgemeinen bedroht“

*Skala: 1 (Lehne stark ab) – 5 (Stimme stark zu)*